

Stefan Leßmann

Abteilung für Neuere Geschichte

Hausarbeit

Moritz von Sachsen und Albrecht Alkibiades  
Zwei Fürsten im Konflikt zwischen Konfession und Politik

HS : Religion und Krieg in der Frühen Neuzeit

SS 1998

# Inhalt

<b>I. MORITZ UND ALBRECHT – KRIEGSFÜRSTEN ODER WAHRER DER AUGSBURGER KONFESSION?.....</b>	<b>3</b>
<b>II. GRUNDLAGEN IN DER ERZIEHUNG UND DIE POLITISCHE AUSGANGSLAGE .....</b>	<b>4</b>
A. ALBRECHTS RELIGIÖSE GLEICHGÜLTIGKEIT UND POLITISCHE BEENGTHEIT .....	4
B. MACHTSTELLUNG AUS EIGENEM BESTREBEN: MORITZ.....	5
C. ALBRECHT UND MORITZ BIS ZUM GEHARNISCHTEN REICHSTAG .....	12
<b>III. EINE ENTSCHEIDUNG FÜR DEN GLAUBEN ODER REINER OPPORTUNISMUS? .....</b>	<b>13</b>
A. ALBRECHT ALS „INTERIMSFÜRST“, ALS VERFECHTER DER PROTESTANTISCHEN SACHE UND ALS RAUBRITTER.....	13
B. MORITZ: VERRÄTER ODER RETTER DER PROTESTANTISCHEN SACHE? .....	19
<b>IV. ALBRECHT UND MORITZ: VERLIERER UND GEWINNER DES KRIEGES.....</b>	<b>29</b>

## **I. Moritz und Albrecht – Kriegsfürsten oder Wahrer der Augsburger Konfession?**

In der Folge des Schmalkaldischen Krieges mischten sich zunehmend Vertreter der zweiten Generation protestantischer Fürsten in die Reichspolitik ein und lösten damit die bisherigen herausragenden Gestalten, vor allem Kurfürst Johann Friedrich von Sachsen und den Landgrafen Philipp von Hessen, als Führer der protestantischen Seite ab. Zu diesen Fürsten, die bereits lutherisch erzogen worden waren, gehörte Herzog Moritz von Sachsen, der gegen Ende des Krieges die Kurfürstenwürde seines inhaftierten Vetters Johann Friedrich übernahm, sowie der Markgraf Albrecht der Jüngere von Brandenburg-Kulmbach. Dass<sup>1</sup> diese beiden im Gegensatz zu ihren Vorgängern eine ganz andere innere Einstellung zur Religion hatten, sich zugleich aber auch untereinander deutlich unterschieden, soll im Verlauf dieser Arbeit deutlich werden.

Beide protestantische Fürsten hatten in ihrer Jugend sowohl eine protestantische wie auch eine altgläubige Erziehung erfahren und zeigten sich in ihrer Politik gegenüber den religiösen Verpflichtungen und der Bundesgenossenschaft mit glaubensverwandten Ständen wesentlich flexibler, als dies viele Teile ihrer Zeitgenossen akzeptieren konnten. Ziel dieser Arbeit ist es, darzustellen, inwieweit Moritz und Albrecht in ihrem Handeln von religionsspezifischen Ursachen beeinflusst wurden und aus diesen Gründen in der Vielzahl der Kriege, die in der Mitte des 16. Jahrhunderts stattfanden, mitmischten, oder ob die Ursachen für ihre Teilnahme nicht doch eher in ihrem, zu dieser Zeit erst entstehendem neuen Verständnis von Landesherrschaft, dem Streben nach einem einheitlichen Staatsgebilde mit einer einheitlichen Konfession als Stütze der fürstlichen Macht, also in vorrangig politischen Gründen zu suchen sind. Im Vergleich der Lebensläufe, ihrer Haltung im Verlauf der verschiedenen Kriegshandlungen zwischen 1545 und 1553 sowie den schriftlichen Zeugnissen und Aussagen, sollen die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den beiden, aber eben auch das Neue ihres Handelns beschrieben werden.

Sowohl über Moritz von Sachsen wie auch über Albrecht Alkibiades gibt es eine Reihe von Untersuchungen, die sich zwangsläufig auch oder ganz besonders mit ihrer Religiosität und dem Zusammenspiel mit ihrer Politik beschäftigen. Die Biografien und

---

<sup>1</sup> Es wurde versucht, bei dieser Arbeit konsequent die neue Rechtschreibung einzuhalten.

Aufsätze zu Moritz<sup>2</sup> sehen ihn zumeist als Wegbereiter eines Religionsfriedens im Reich und somit vorrangig aus einer sehr positiven Sichtweise. Die Darstellungen von Albrechts Wirken<sup>3</sup> sind etwas weniger zahlreich, die Arbeit von Kneitz tendiert zudem dazu, alle politische Handlungen Albrecht auf scheinbar zwingende äußere Ursachen zurückzuführen und so zu rechtfertigen. Die Korrespondenz Moritz' ist ediert und einheitlich zusammengefasst,<sup>4</sup> während die Briefe an und von Albrecht nur verstreut ediert vorliegen.<sup>5</sup>

## II. Grundlagen in der Erziehung und die politische Ausgangslage

### A. Albrechts religiöse Gleichgültigkeit und politische Beengtheit

Albrechts Eltern, Markgraf Kasimir und Susanna von Bayern, hielten am katholischen Glauben fest, während sein Ansbacher Vormund und Onkel Georg, an dessen Hof er nach dem Tod des Vaters erzogen wurde, für die lutherische Lehre eintrat. 1541 wurde das Land zwischen Albrecht und Georg aufgeteilt, Albrecht war nun ein unabhängiger Landesherr mit protestantischen Untertanen. Jedoch erwiesen sich die beengten Verhältnisse der Markgrafschaft für das Bestreben Albrechts nach materiellem Gewinn, Ruhm und Ehre bald als zu klein. Albrecht suchte also als evangelischer Landesherr Anschluss an den altgläubigen Kaiser, kämpfte auf dessen Seite zunächst gegen Franz I. von Frankreich, später dann gegen den Schmalkaldischen Bund und damit gegen seine Glaubensverwandten. Schon zu dieser Zeit stellt sich also die Frage, warum Albrecht

---

<sup>2</sup> Vgl. z.B. Karlheinz Blaschke: Moritz von Sachsen. Ein Reformationsfürst der zweiten Generation, Göttingen / Zürich 1984. Sowie Karl Erich Born: Moritz von Sachsen und die Fürstenverschwörung gegen Karl V, In: HZ 191 (1960), 18-66.

<sup>3</sup> Vgl. z.B. Otto Kneitz: Albrecht Alkibiades Markgraf von Kulmbach 1522-1557, Kulmbach 1951. Und Bernhard Sicken: Albrecht Alkibiades von Brandenburg-Kulmbach, In: Fränkische Lebensbilder, Bd. 6, Würzburg 1975, 130-160.

<sup>4</sup> wobei leider oftmals auf andere Werke verwiesen wird oder nur Zusammenfassungen wiedergegeben werden: Politische Korrespondenz des Herzogs und Kurfürsten Moritz von Sachsen. Bd. 1 u. 2: Brandenburg, Erich (Hg.). Leipzig 1900-1904. Bd. 3 u. 4: Herrmann, Johannes und Wartenberg, Günther (Hgg.). Berlin 1978-1992. Einige edierte Quellen finden sich auch bei: Friedrich Albert v. Langenn: Moritz, Herzog und Churfürst zu Sachsen. Eine Darstellung aus dem Zeitalter der Reformation, 2. Bd., Leipzig 1841. Sowie bei: C. A. Cornelius: Churfürst Moritz gegenüber der Fürstenverschwörung in den Jahren 1550-51, In: Abhandlungen der Historischen Classe der königlich bayrischen Akademie der Wissenschaften 10 (1865), 635-697.

<sup>5</sup> Was die Korrespondenz mit Moritz betrifft etwa in den unter FN 4 bezeichneten Werken.

sich so eng an den Kaiser band, der, so konnte zumindest vermutet werden, vorrangig die Einheit des Glaubens im Reich wiederherstellen wollte, in der doch seine eigene Machtstellung begründet lag, und der somit entgegen anders lautender Beteuerungen im Schmalkaldischen Krieg auch einen Feldzug gegen den Protestantismus führte. Zum einen war da eine gewisse Indifferenz in Glaubensfragen, die sich schon während seiner Erziehung am Hof Gregors gezeigt hatte.<sup>6</sup> Zum anderen war für Albrechts Entscheidung sicher auch seine „Sehnsucht nach persönlicher Geltung, ausgedrückt in dem unbändigen Verlangen, in der Reichspolitik eine Rolle zu spielen“<sup>7</sup> ein Anstoß. Sein Fürstentum war verschuldet und so sah Albrecht im Subsidienvvertrag des Kaisers eine Möglichkeit, sich dieses Problems zu entledigen.

Für Albrecht war es unerheblich, welche Konfession er mit seinem Einsatz unterstützte, ihm kam es allein auf machtpolitische Überlegungen an. So verwundert es nicht, dass er während des geharnischten Reichstags von 1547/48 nicht an den Beratungen über Glaubensfragen teilnahm.<sup>8</sup> Schließlich ging er sogar so weit, zu behaupten, dass er nie dem lutherischen Bekenntnis angehört habe und entsagte diesem öffentlich.<sup>9</sup> Er beschränkte seinen Übergang auf die kaiserliche Seite also nicht nur auf den politischen Bereich sondern steckte auch bei seinem Glauben, und wohlgemerkt auch bei dem seiner Untertanen, zu Gunsten der katholischen Seite zurück. Er ging dabei das Risiko ein, dass sich die Einwohner seines Fürstentums gegen ihn, der plötzlich für den Katholizismus eintrat, erhoben, so dass es ihm nicht gelang, gegenreformatorische Ansprüche in seinem Land durchzusetzen und selbst in mehreren Anläufen das Augsburger Interim in seinem Land einzuführen. Jedoch ist bei all diesen Maßnahmen davon auszugehen, dass sie nicht aus Überzeugung und wahren Glauben geschahen, sondern um sich die, für sein politisches Überleben als unbedingt notwendig erachtete Gunst des Kaisers zu erhalten.<sup>10</sup>

## B. Machtstellung aus eigenem Bestreben: Moritz

Moritz' Erziehung war konfessionell noch abwechslungsreicher gestaltet als die von Albrecht Alkibiades. Sein Elternhaus in Freiberg war lutherischen Bekenntnisses, sein

---

<sup>6</sup> Sicken: Albrecht, 132.

<sup>7</sup> Kneitz: Albrecht, 59.

<sup>8</sup> Ebd., 60.

<sup>9</sup> Vgl. ebd., 61.

<sup>10</sup> Ebd., 64.

Vater musste aber offiziell den alten Glauben mit Rücksicht auf den regierenden katholischen Herzog Georg bewahren. Erzog wurde Moritz am Hofe des Kardinals Albrecht von Magdeburg, wo er nach Blaschke „das Katholischsein in einer sehr veräußerlichten Form und die höchsten Kirchenführer in ihrer Sittenlosigkeit und in der humanistischen Schwäche ihres Glaubens erlebte“<sup>11</sup>. Im nächsten Schritt kam er an den Hof Georgs, „wo er eine Atmosphäre der ernsten Arbeit, des Fleißes, der Pflichttreue, der Sparsamkeit und der Ordnung vorfand, in die sich auch das vorbildliche Eheleben des Herzogspaares einfügte“<sup>12</sup>. In dieser vorbildlichen Umgebung wurde er also wiederum katholisch erzogen. Schließlich gelangte er 1537 noch an den Torgauer Hof seines Vaters Johann Friedrich, der nun mit Sicherheit einer der herausragendsten Anhänger Luthers war. Moritz war also schon im Laufe seiner Jugend fortwährend den politischen Problemen im Zusammenhang mit den beiden Konfessionen ausgesetzt und wurde auch zu einem Spielball im Bestreben seiner Eltern, einerseits ihren Sohn so zu erziehen, wie es ihrem Glauben entsprach, andererseits den regierenden albertinischen Herzog nicht zu brüskieren. Zugleich prägte aber mit Sicherheit auch ein zweites Problem innerhalb der Familie das spätere Verhalten Moritz’: Die Aufteilung des Besitzes der Wettiner in einen ernestinischen und einen albertinischen Teil, wobei der Rang eines Kurfürsten bei den ernestinischen Regenten lag. Es war ein deutlich sichtbarer Zug in Moritz’ späterer Politik, diese Trennung aufzuheben, die Kurfürstenwürde zu erlangen und für seine Linie zu sichern.

Als Moritz mit 20 Jahren die Regierung des Herzogtums Sachsen übernahm, war das Land, in verhältnismäßig enger Anlehnung an die ernestinische Linie, bereits reformiert, Moritz war also ganz unumstritten ein protestantischer Landesfürst und verstand sich auch als solcher.

Zugleich suchte aber auch Moritz eine engere Bindung an den Kaiser. 1541 trat er einem Vertrag zwischen Philipp von Hessen und Karl V. bei, in dem er sich politisch an den Kaiser, in Religionsfragen aber an die protestantischen Fürsten band. Moritz trennte hier also streng zwischen Religion und Politik, welche für die protestantischen Fürsten der ersten Generation noch eine Einheit bildeten und nicht einzeln betrachtet werden konnten.<sup>13</sup> Diese neue Linie setzte sich bei Moritz offensichtlich auch bei der Auswahl

---

<sup>11</sup> Blaschke: Moritz, 16.

<sup>12</sup> Ebd.

<sup>13</sup> Ebd., 22. Blaschke datiert den Vertrag zwischen Philipp I. und Karl V., dem Moritz „am Jahresende 1540“ beigetreten sein soll, jedoch wahrscheinlich falsch, er wurde erst am 13. Juni 1541 in Regens-

seiner Räte fort, die, z.T. noch von Gregor übernommen, zu Beginn seiner Regierungszeit in der Mehrzahl katholisch waren. Dennoch sorgte Moritz in seinem Land für die vollständige Durchsetzung der Reformation und ließ seinen Untertanen nicht etwa eine Wahlmöglichkeit. Die Frage ist hierbei, ob dies aus persönlichem Glauben geschah oder aus politischen Gründen, womit sich dann zeigen würde, dass auch er Religion und Politik nicht völlig voneinander trennen konnte. Letzteres ist als sehr wahrscheinlich anzunehmen, denn es entsprach durchaus einem modernen Regenten, wie er sich in dieser Zeit allmählich herauszubilden begann, eine einheitliche Konfession im Land als Instrument der Sicherung fürstlicher Herrschaft nach dem späteren Grundsatz *cuius regio, eius religio* zu benutzen.<sup>14</sup> Eine mögliche persönliche Nähe Moritz' zum Augsburger Bekenntnis und die Innigkeit des Glaubens wird hierdurch nicht in Frage gestellt, mit Blick auf seine spätere Reichspolitik ist aber wohl davon auszugehen, dass das politische Argument bei der Entscheidung überwogen haben dürfte.

Ein weiterer Grund, warum Moritz von der einmal eingeschlagenen Linie des Protestantismus kaum wieder abkehren konnte, stellte sein Umgang mit den Klostergütern dar. Bei einer Rückkehr zum Katholizismus oder einem Sieg der Gegenreformation musste Moritz befürchten, eingezogene Klostergüter bzw. den Erlös aus deren Verkauf zurückgeben zu müssen, was seine Stellung als Landesherr in einem frühneuzeitlichen Territorium schwer erschüttert hätte.<sup>15</sup> Somit war Moritz zwar in religiöser Hinsicht in seinem Handlungsspielraum eingeschränkt, was ihn jedoch nicht davon abhielt, politisch seine Arme auch über die Konfessionsgrenzen hinweg auszustrecken um einen starken Partner zu finden, mit dem sich sein Wunsch nach territorialem und machtpolitischen Zugewinn verwirklichen ließ.

Wie bereits angedeutet stellte für den ehrgeizigen und selbstbewußten jungen Herzog die Teilung des wettinischen Besitzes und der niedrigere Rang gegenüber den Ernestinern eine persönliche Einschränkung und Anlass zu Neid dar. Dieser Neid und das gegenseitige Misstrauen zeigt sich etwa in einem Brief Moritz' an seinen kurfürstlichen Vetter kurz nach der „Wurzener Fehde“ von 1542:

*„[...] Und weil E.L. unsers Herrn Vatern, Auch Herzog Iorgen  
beider selligen gedechtnus alder und unuermogen zu Irem*

---

burg abgeschlossen. In Auszügen abgedruckt bei: Renaissance, Glaubenskämpfe, Absolutismus, Fritz Dickmann (Hg.), München 1966. 178f.

<sup>14</sup> Vgl. Blaschke: Moritz, 30.

<sup>15</sup> Ebd., 31.

*besten und erweiterung Irs furstenthums gebraucht, das E.L. unsere Jugent auch also gebrauchen wollten, Wellichs uns kains wegs leidlich noch zeratten sein will von E.L. des lenger zugewarten, Oder derselben solhs zu unsers lieben brudern und unserm schaden nachzuhengen.*"<sup>16</sup>

Moritz wirft Johann Friedrich vor, in der Wurzener Fehde und davor die Schwäche und das Alter seines Vaters sowie seine eigene Jugend dazu benutzt zu haben, seine eigene Position auszubauen und die gemeinsame Oberhoheit über das Hochstift Meißen mißachtet und einseitig ausgenutzt zu haben. In diesem Brief zeigt sich die Feindschaft, die zwischen den beiden wettinischen Linien bestand und die Moritz' weiteres politisches Vorgehen weitgehend bestimmte.

Die Abneigung gegenüber seinem Vetter dürfte auch ein Grund dafür gewesen sein, dass Moritz zunehmend die Nähe des Kaisers suchte. Johann Friedrich als einer der politischen Führer des Protestantismus im Reich und Mitglied des Schmalkaldischen Bundes stand dem Kaiser als dem Repräsentanten des alten Glaubens in deutlicher Opposition gegenüber, so dass es für Moritz nahelag, sich auf die Seite des Kaisers zu schlagen. Es war jedoch keine eindeutige und unbedingte Stellungnahme, die Moritz hier vornahm, er hielt sich auch weiterhin die Möglichkeit offen, die Schmalkaldener zu unterstützen, wie sich an seiner Beteiligung beim Vorgehen des Bundes gegen Herzog Heinrich von Braunschweig 1542 und 1545 zeigt.<sup>17</sup> Dieses unentschlossene und undurchsichtige Schwanken zwischen den beiden Seiten machte ihn sowohl für den Kaiser als auch für die Protestanten zu einem unsicheren Partner und erschwerte seine politische Handlungsfähigkeit, bot ihm zugleich aber die Möglichkeit, es sich mit keiner Seite endgültig zu verscherzen und entsprach somit wohl der durchgehenden Linie in Moritz' Politik, politisch auf den eigenen Nutzen hinzuarbeiten, dabei aber die eigene Konfession nicht bloßzustellen.

Schwierig wurde diese Haltung für Moritz erst, als sich der militärische Konflikt zwischen dem Schmalkaldischen Bund und dem Kaiser ankündigte. Er kam letztlich doch zu dem Schluss, dass er auf Seiten des Kaisers die besseren Aussichten auf Erfüllung seiner Wünsche habe. Bei einem Eintreten für die Schmalkaldener konnte er für seine Stellung nichts verändern, bei einem Sieg des Kaisers sogar nur verlieren. Schloss er sich aber dem Kaiser an, so konnte er bei dessen Sieg auf die Besitzungen und die Kurwürde seines Vetters hoffen. Um auch in diesem Konflikt, der doch so deutliche

---

<sup>16</sup> Moritz an Johann Friedrich vom 1.4.1542, abgedruckt bei: Langenn: Moritz, 224ff.

<sup>17</sup> Vgl. Blaschke: Moritz, 43.



Anzeichen eines Konfessionskrieges trug, indem sich die Protestanten im Schmalkaldischen Bund und die Katholiken unter Führung des Kaisers direkt gegenüberstanden, seine bisher praktizierte Trennung zwischen Politik und Religionsfragen beibehalten zu können, ließ sich Moritz vom Kaiser versichern, dass der Krieg aus rein weltlichen Gründen geführt werde.<sup>18</sup> Ob Moritz sich hierbei wirklich vom Kaiser täuschen ließ oder nur sein Gewissen beruhigen wollte und die Augen vor der Wirklichkeit verschloss, ist wohl nicht mehr zu klären. Wie der Kaiser über diese Angelegenheit dachte, ist dagegen in einem Brief an seine Schwester überliefert:

*„Et combien que ceste couuerte et pretexte de guerre ne pourra du tout encourir, que lesdicts desuoyez ne pensent bien, que ce soit pour cause de la religion;“*<sup>19</sup>

Für Karl V. ging es ohne Zweifel bei dieser Auseinandersetzung mit den Protestanten gerade um die Religion, die seine Position als ausdrücklich katholisches Reichsoberhaupt zu gefährden drohte, wie er im selben Brief weiter ausführt:

*„Et voyant finalement lextreme dangier de laffaire de la religion, et que, si ny est obuye sans plus differer, que les jnconueniens susdicts sen pourront ensuyr irremediablement, tant da-liener le reste de ceste Germanye de nostre saincte foy [...]“*<sup>20</sup>

Aus der Rückschau steht Moritz somit eindeutig im Bunde mit einem erklärten Gegner des Protestantismus, der seine Politik auf eine Zurückdrängung dieser Konfession ausgerichtet hat.

Moritz war hier also an einen Punkt gelangt, an dem er sich zwischen seinem Glauben und seinem Machtstreben entscheiden musste, und er entschied sich, so musste es 1546 allen Beteiligten erscheinen, gegen die Erfordernisse seiner Konfession. Seine Versicherung, dass er die Augsburger Konfession auch weiterhin verteidigen würde, muss für seine Glaubensgenossen deshalb wie Hohn geklungen haben:

---

<sup>18</sup> Blaschke: Moritz, 53.

<sup>19</sup> „Wie sehr auch die Möglichkeit besteht, daß dieser Deckmantel und Vorwand für den Krieg es nicht verhindert, daß die Abtrünnigen davon überzeugt sind, es geschehe wegen der Religion, wird dies doch ein Anlaß sein, sie zu trennen“. Karl V. an seine Schwester Maria von Ungarn vom 9.6.1546, abgedruckt in: Correspondenz des Kaisers Karl V. Aus dem königlichen Archiv und der Bibliothèque der Bourgogne zu Brüssel, Karl Lanz (Hg.), Bd. 2, Leipzig 1845 (ND Frankfurt/Main 1966), 486ff. Übersetzt bei: Quellen zur Geschichte Karls V., Alfred Kohler (Hg.), Darmstadt 1990, 323ff.

<sup>20</sup> „Die Gefahr für die Religion ist außerordentlich groß, wenn ihr nicht ohne Aufschub begegnet wird. Sonst könnten sich die oben besprochenen schädlichen Folgen in einer nicht wieder gutzumachenden Weise einstellen, nämlich den Rest des besagten Deutschlands unserer heiligen Religion zu entfremden.“ Ebd.

*„[...] Dann S. F. Gn. bedenken nicht weniger dann die anderen stende der augsburgischen confession, sollt einicher furst oder stand der religion und gottlichs worts halben angegriffen und beweltigt werden, so wurde es darbei nicht wenden.“*<sup>21</sup>

Obwohl er nun scheinbar eindeutig auf Seiten des Kaisers stand und es von dessen Seite her auch keinen Grund gab, über Moritz' Zuverlässigkeit zu klagen, so gelang es ihm doch lange Zeit, sich aus aktiver Teilnahme am Krieg herauszuhalten. Erst als der Kaiser ihn ultimativ aufforderte, das ernestinische Kursachsen zu besetzen und König Ferdinand mit seinen Truppen von Böhmen her Anstalten machte, in Sachsen einzumarschieren, machte sich Moritz auf, das Land seines Veters einzunehmen<sup>22</sup> und wandte sich damit eindeutig gegen die Schmalkaldener. Er selbst machte nochmals einen recht fadenscheinigen Versuch, diesen Überfall auf den Besitz seines Verwandten zu rechtfertigen:

*„Wir seind auch der genzlichen zuversicht, do der schaden S. L. und uns in andere wege nicht gewendet werden konnte, E. L. werden des mit uns eins, und dieser weg treglicher sein, dann [dass] das ganze haus von Sachsen um die lande kommen und mit fremden leuten, wann sich die in die vermengten lande gemischt und eingesetzt, gehandelt und die lande aus ihren henden bracht, oder sonst verderbt werden sollten;“*<sup>23</sup>

Moritz verteidigt sein Eingreifen in den Konflikt damit, dass er die Besitzungen des Gesamthauses Wettin vor fremdem Eingriff, konkret also dem Vormarsch Ferdinands, schützen müsse. Diese Ausrede wird von den Schmalkaldenern, so etwa von Moritz' Schwiegervater, zu dem er ein sehr freundschaftliches Verhältnis pflegte, nicht anerkannt:

*„Was aber die einnehmung des kurfursten zu Sachsen landes, davon E. L. und ihr landschaft uns geschrieben, und den gewaltigen zug, welcher aus Behmen, Schlesy und Lausnitz auf des kurfursten land gehen sollt, haben wir E. L. landschaft bedenken, welchs E. L. Ihr gefallen lassen, verstanden. Wo es nun mit den kurfursten zu Sachsen vorwissen und bewilligung beschehe, so wer es wohl etwas. [...] dieweil wir des gewiss und ahn allen zweifel sein, dass dieser krieg im grund und wahrheit*

---

<sup>21</sup> Brief im Namen Moritz' an Erasmus v. Minckwitz und Jakob Lersener vom 25.3.1546, abgedruckt bei: Brandenburg: Korrespondenz, Nr. 877.

<sup>22</sup> Im Offensivbündnis mit Ferdinand vom Oktober 1546 legte Moritz fest, dass er erst 6 Tage nach Ferdinands Angriff auf Kursachsen in den Krieg eingreifen würde. Abgedruckt bei: Dickmann: Glaubenskämpfe, 184f.

<sup>23</sup> Moritz an Landgraf Philipp vom 11.10.1546, abgedruckt bei: Brandenburg: Korrespondenz, Nr. 1019.

*nicht anderst dann unser religion halben wider diese stende  
furgenommen ist.”<sup>24</sup>*

Philipp spricht das schlagendste Argument gegen Moritz‘ Zugriff auf das Kurfürstentum aus, indem er dessen Rechtmäßigkeit von dem Einverständnis des Kurfürsten abhängig macht. Schließlich appelliert er nochmals an Moritz‘ Gewissen, indem er dessen Entschuldigung gegenüber sich selbst, dass der Krieg nicht aus religiösen Gründen geführt werde, niederwirft. So droht Moritz also auch seine letzten Freunde in protestantischen Kreisen zu verlieren, indem er dem Schmalkaldischen Bund in den Rücken fällt.

Im Rückblick lässt sich freilich feststellen, dass Moritz‘ Hilfe für den Kaiser nicht allzu erfolgreich war. Das Kurfürstentum konnte er nämlich nur mithilfe des kaiserlichen Heeres halten, sein Beitrag an Reitern war eher gering.<sup>25</sup> Und in Dingen der Religion ließ sich Moritz vom Kaiser keine Vorschriften machen, die ernestinischen Gebiete wurden keineswegs rekatholisiert sondern die Konfession der Bürger blieb unverändert,<sup>26</sup> wie es auch im Bündnisvertrag mit dem Kaiser ausgemacht war:

*„Ipse quoque illustrissimus dux nihil ulterius in religione in sua  
ditione innovabit, sed omnia concilii diffinitioni integra serva-  
bit.“<sup>27</sup>*

Zwar bezog sich diese Formulierung wohl auf die mögliche weitere Ausbreitung der Augsburger Konfession unter Moritz, die der Kaiser natürlich verhindern wollte, sie ist aber auch als Erhaltung des Status quo bis zur endgültigen Lösung der Frage auf einem Konzil zu verstehen, was ebenfalls die bereits reformierten Gebiete unter Schutz stellte. In diesem Sinne lautete auch ein Passus, den Moritz in seinem Offensivbündnis mit Ferdinand ausgehandelt hatte:

*„Wir kunig Ferdinand bewilligen auch hiemit gnädigst, die  
unterthanen, so wir in dieser achtexecutionsach einnehmen und  
erobern werden, von jetziger ihrer religion mit gewalt nit zu  
dringen, sonder darbei bleiben zu lassen bis auf ein  
christenliche vergleichung”<sup>28</sup>*

---

<sup>24</sup> Philipp an Moritz vom 20.10.1546, abgedruckt bei: Brandenburg: Korrespondenz, Nr. 1032.

<sup>25</sup> Blaschke: Moritz, 64.

<sup>26</sup> ebd., 62f.

<sup>27</sup> Vertrag zwischen Kaiser Karl V., König Ferdinand und Herzog Moritz vom 19.6.1546; abgedruckt bei: Brandenburg: Korrespondenz, Nr. 922.

<sup>28</sup> Offensivbündnis zwischen König Ferdinand und Herzog Moritz vom 14.10.1546; abgedruckt bei: Dickmann: Glaubenskämpfe, 184f.

So kann man Moritz also kaum vorwerfen, den Protestantismus verraten zu haben, der „Judas von Meißen“ zu sein, sondern höchstens, dass seine Verweigerung gegenüber der Schmalkaldischen Seite und sein sehr bescheidener Beitrag zum Sieg des Kaisers einen Erfolg der Protestanten und eine endgültige Anerkennung der Augsburger Konfession schon zu diesem Zeitpunkt verhindert hat. Die Einverleibung des Kurfürstentums Sachsen und der Kurwürde waren in der Tat rein weltliche Vorgänge, die an den Konfessionszuständen im Reich nichts änderten.

Mit der Ausrufung zum Kurfürsten von Sachsen hat Moritz das wichtigste Ziel seiner bisherigen Politik erreicht, die Spaltung des wettinischen Besitzes war zwar nicht vollständig überwunden, er hatte aber nun den höheren Rang als Kurfürst für die albertinische Linie gesichert und erheblich Land hinzugewonnen. Damit befand sich Moritz in der Lage, neben der Sicherung dieser neuen Verhältnisse auch weiter in die Zukunft zu blicken und größere Ziele zu verfolgen.

### C. Albrecht und Moritz bis zum geharnischten Reichstag

Albrecht Alkibiades steht gegen Ende des Schmalkaldischen Krieges mit leeren Händen da: Er kann keinen politischen Machtzuwachs vorweisen, die erhofften Subsidien des Kaisers werden nur zum Teil ausgezahlt, insofern bessert sich auch seine finanzielle Situation kaum, und das protestantische Lager steht ihm mit Misstrauen und teilweise sogar strikter Ablehnung gegenüber, nachdem er sich so verräterisch gegenüber dem Augsburger Bekenntnis geäußert hat. Auch den Kaiser vermag er nicht vollends zufriedenzustellen, da es ihm nicht gelingt, die Gegenreformation in seinem Land durchzuführen, wobei seine Anstrengungen hierzu auch sehr begrenzt sind.<sup>29</sup>

Albrecht hat sich zudem in Glaubensbelangen als völlig indifferent erwiesen, gereicht es ihm scheinbar zum Vorteil, so ist er bereit, seinem Protestantismus abzuschwören, ja er behauptet sogar, ihm niemals wirklich angehört zu haben. Albrecht führt somit keine Trennung zwischen Religionsfragen und rein weltlichen Fragen der Politik durch, Religionsfragen, d.h. sein persönlicher Glaube und seine Überzeugung, existieren für ihn offensichtlich nicht oder sind der Politik vollständig untergeordnet.

Ganz anders Moritz: Er hat am Ende des Krieges das Ziel erreicht, dem sein bisheriges politisches Handeln untergeordnet war. Er hat einen Sitz im Kurfürstenkollegium und somit in einer der wichtigsten und vornehmsten politischen Institutionen des Reiches. Er konnte im Laufe des Krieges sein Territorium erheblich ausweiten, indem er

---

<sup>29</sup> vgl. Kneitz: Albrecht, 62f.

sich große Teile des ernestinischen Gebiets einverleibte. Der Kaiser scheint in ihm einen sicheren Bündnispartner zu haben, indem er alle Zugewinne allein der Gnade des Reichsoberhauptes verdankt.

Trotz dieser engen Anbindung an den Kaiser war Moritz niemals gezwungen, bei seiner persönlichen religiösen Überzeugung Abstriche zu machen oder die protestantische Religionsausübung in seinem Land einzuschränken. So unmöglich es auch schien, ist es ihm in dieser Zeit doch im Großen und Ganzen gelungen, Religion und Politik voneinander zu trennen. Dass dabei seine Religionsverwandten im Reich ins Hintertreffen gelangten, war für ihn zunächst kein Hindernis, da es ja nicht zu seinen Zielen gehörte, den Protestantismus im Reich zu verteidigen oder gar zu verbreiten. Solange seine Religiosität unangetastet blieb, konnten die politischen Ziele vorrangig behandelt werden, insofern war der Krieg, den er führte, in der Tat kein Religionskrieg, mochten auch die Schmalkaldener und der Kaiser ihren Krieg anders verstanden haben.

### **III. Eine Entscheidung für den Glauben oder reiner Opportunismus?**

#### **A. Albrecht als „Interimsfürst“, als Verfechter der protestantischen Sache und als Raubritter**

Nachdem er gegenüber dem Kaiser vom Protestantismus abgeschworen hatte, versuchte Albrecht natürlich, die Verbindung zum Reichsoberhaupt so eng wie nur möglich zu halten. In einer Vielzahl von Erlassen und Gesprächen mit den Pfarrern seines Landes versuchte er, das Augsburger Interim auf seinem Territorium verbindlich zu machen, was er dem Kaiser versprochen hatte. Da er aber erkennen musste, dass dies ohne Unruhen kaum zu bewerkstelligen sein würde, geschah faktisch lange Zeit nichts. Erst als der Kaiser ihn im September 1548 nochmals zur Durchsetzung des Interims aufforderte, verschärfte er die Verhandlungen mit der Geistlichkeit seines Landes und erklärte Anfang 1549 eine neue Kirchenordnung für gültig, die von den Ständen jedoch abgelehnt wurde.<sup>30</sup> Somit befand sich Albrecht in einer scheinbar ausweglosen Lage, die jedoch nicht allein seiner eigenen Schuld zugeschoben werden darf. Auch Karl V. traf eine Mitschuld, hätte er doch die Notlage Albrechts erkennen und ihm mehr Handlungsspiel-

---

<sup>30</sup> Kneitz: Albrecht, 65ff.

raum zugestehen müssen. So aber drängte er den Markgrafen geradezu dahin, die ihm einzig verbliebene Möglichkeit, aus der Zwickmühle zu entkommen, zu nutzen.

Der Widerstand der Geistlichkeit machte Albrecht klar, dass er der Forderung des Kaisers nur mit Gewalt Geltung verschaffen könnte, was ihn in Gefahr gebracht hätte, seine territoriale Grundlage völlig zu verlieren oder durch einen Bürgerkrieg zu verheeren. Verweigerte er sich jedoch in dieser Frage dem Kaiser, so verlöre er den Anschluss an diesen und stünde politisch völlig alleine da.<sup>31</sup> Sein diplomatisches Geschick, seine Machtstellung und sein persönlicher Glaube reichten offensichtlich nicht so weit wie der des Kurfürsten Moritz, dem es mit dem Leipziger Interim, das er ja mit protestantischen Autoritäten wie Melancton erarbeitet hatte,<sup>32</sup> gelang, sowohl den Kaiser wie auch seine Untertanen zufriedenzustellen, letztere vor allem, weil sich in der Praxis für sie so gut wie nichts änderte. Albrecht stand diese Möglichkeit nicht offen, sodass er den einzig offenstehenden Weg einschlug: er ging zum protestantischen Lager über und gab gleichzeitig seine interimistische Politik auf.

Albrecht suchte im Sommer 1549 nach neuen Geldquellen, da der Kaiser seine im Dienstvertrag von 1546 in Aussicht gestellten Subsidienzahlungen nicht voll eingehalten hatte. In Aussicht auf einen englischen Kriegsdienst kündigte Albrecht die Verträge mit Karl V., und als England seiner Dienste wegen des Friedensschlusses mit Frankreich nicht mehr bedurfte, stand er ohne jeden Bündnispartner da. Eine Rückkehr zum Kaiser war nun nicht mehr möglich, also suchte er einen neuen mächtigen Partner, der Interesse an Albrechts nicht unbedeutendem militärischem Geschick und seinem Heer haben könnte. Er fand diesen größeren Partner in Moritz, der sich zur gleichen Zeit ebenfalls vom Kaiser in Richtung auf die protestantische Seite hin bewegte. Bei Moritz musste es Albrecht bedeutend leichter fallen, seine bisherige Zusammenarbeit mit der kaiserlichen Seite zu begründen als bei den anderen protestantischen Fürsten, weil dieser ja selbst im Dienste Karls V. gestanden hatte und unter anderem auch von Albrecht Hilfe bei der Vertreibung seines Veters aus dem Kurfürstentum erhalten hatte. Und Moritz war es mit Sicherheit nicht unrecht, Albrechts Truppen in sein Heer, das gerade mit dem Vollzug der Reichsacht über Magdeburg beschäftigt war, mit aufnehmen zu können.<sup>33</sup> Albrechts Seitenwechsel scheint somit ein nahe liegender und folgerichtiger

---

<sup>31</sup> vgl. Kneitz: Albrecht, 70.

<sup>32</sup> vgl. Günther Wartenberg: Moritz von Sachsen als Wegbereiter des Augsburger Religionsfriedens, In: Stefan Rhein (Hg.): Staat und Kirche. Beiträge zur zweiten Melanctonpreisverleihung 1991, Sigmaringen 1992, 32f.

<sup>33</sup> vgl. Born: Moritz, 29.

Vorgang zu sein. Hier aber von einem regelrechten Zwang zu sprechen, davon, dass Albrecht schon zu dieser Zeit nicht mehr in der Lage gewesen sei, den Gang der Ereignisse zu lenken,<sup>34</sup> scheint doch einen Schritt zu weit zu gehen. Seit Übernahme der Regierung war eine wichtige Triebfeder von Albrechts Politik die Geldnot in seiner Staatskasse. Insofern stand von Anfang an seine Bündnissuche unter der Prämisse, mit einem Bündnis auch eine Einnahmequelle für sich zu sichern. Albrecht wählte den Weg, sich durch ein großes Heer attraktiv zu machen, das aber zugleich auch hohe Kosten verursachte. Auch zu seiner Zeit hätten mit Sicherheit schon andere Wege existiert, seiner Schulden Herr zu werden. Nicht der Gang der Ereignisse, sondern seine eigene Politik zwangen Albrecht in eine zunehmend aussichtslosere Position, ein deterministischer Zwang zu einem bestimmten Vorgehen hat aber auch für ihn nie bestanden.

Ein wichtiger Partner für die protestantische Seite wurde Albrecht spätestens mit den Verhandlungen von Lochau über ein Bündnis zwischen den protestantischen Fürsten unter Moritz und dem französischen König Heinrich II. Ob Hans von Küstrin und Albrecht von Preußen, die sich im Torgauer Vertrag noch mit Moritz zusammengetan hatten, die Verhandlungen verließen, weil sie ein reines Defensivbündnis wünschten und die Angriffspläne der übrigen Teilnehmer nicht mittragen wollten,<sup>35</sup> oder weil sie Albrecht als unsicheren Bündnispartner betrachteten und dessen Beitritt ablehnten,<sup>36</sup> bleibt dahingestellt. Jedenfalls nahm Albrecht als „unverpflichteter Hilfsgenosse“ sofort eine wichtige Position in diesem Bündnis ein, indem er die Subsidienzahlungen Heinrichs aushandelte, auf die es den protestantischen Fürsten bei diesem Bündnis doch besonders ankam.<sup>37</sup>

So war Albrecht wiederum scheinbar fest und innerlich überzeugt auf einer Seite eingebunden. Den Fürsten des Torgauer Bundes empfahl er sich als Führer eines großen Heeres, als erfolgreicher Unterhändler beim König von Frankreich, und eben auch als Landesherr eines protestantischen Territoriums. Albrecht hingegen verlockten die Möglichkeiten, die sich ihm als „Hilfsgenossen“ boten. Es mag durchaus auch eine innere Überzeugung bei Albrecht gegeben haben, dass nur der Fürstenbund die deutsche Nation einigen und die politische Spaltung, die die Reformation im Reich verursacht hatte, überwinden könne. Eine solche Vorstellung unterstützte das Ausschreiben des Markgra-

---

<sup>34</sup> so Kneitz: Albrecht, 77.

<sup>35</sup> so Born: Moritz, 49.

<sup>36</sup> diese Meinung vertritt Kneitz: Albrecht, 77.

<sup>37</sup> vgl. Wartenberg: Moritz, 29.

fen an die deutsche Nation vom 1.4.1552, in dem er die Einigung im Reich in Glaubensfragen auf reformatorischer Basis verlangte.<sup>38</sup> Aber Albrecht war dem Fürstenbund ja nicht nur aus Überzeugung beigetreten, sondern auch, weil er sich eine Verbesserung seiner Finanzen erhoffte. Eine Chance hierzu sah er wohl in Statuten des Bundesvertrages gegeben, die die Anwendung von Gewalt gegenüber sich widersetzenden Reichsständen zuließen und dem vollziehenden Bundesglied das auf diese Weise Erworbene als Eigentum zusprachen.<sup>39</sup> Es sollte sich zeigen, dass Albrecht, zum Leidwesen seiner Bundesgenossen, dieses Statut sehr weit ausgreifend anwenden würde. Aus eben diesem Grunde wollte Albrecht auch nicht fest in den Bund aufgenommen werden, weil er fürchtete, seine Raubzüge dann nicht ähnlich zügellos durchführen zu können, wie er es schon kurze Zeit nach Beginn des Krieges tat.<sup>40</sup>

Dies ist ein weiteres Indiz dafür, dass Albrecht eben doch nicht mit vollster Überzeugung die protestantische Sache im Bund mit den anderen Fürsten vertrat, er war quasi auch in Religionsachen nur ein „unverpflichteter Hilfsgenosse“ und kein voll assoziiertes Mitglied, er wollte vielmehr unter der Fahne des politischen Protestantismus seine eigenen Ziele verfolgen, und diese richteten sich gegen Reichsstände, von denen er hoffte, größere Kontributionszahlungen erpressen zu können. Zunächst hatte hierunter die Reichsstadt Nürnberg zu leiden, die sich mit einer Geldzahlung an Moritz von Sachsen bereits von „Brand, Plünderung und Raub“ freigekauft hatte. Allerdings hatte sich die Stadt trotz ihrer protestantischen Bevölkerung beim Kaiser für diese Unterstützung entschuldigt, was Albrecht als willkommenen Grund nahm, Nürnberg für dieses zwiespältige Verhalten zu bestrafen. Wieder schob er also eine formal stimmige und vielleicht vom Gesichtspunkt eines religiös fest überzeugten Protestanten sogar gerechtfertigte Begründung vor. Dennoch kann dies natürlich keine Entschuldigung für sein Handeln sein,<sup>41</sup> da sein Vorgehen der Sache des Fürstenbundes eher schadete als nützte und auch von den anderen Fürsten verurteilt wurde. Albrecht handelte allein wegen der zu erwartenden Beute, alle anderen Gründe die er angab waren lediglich Entschuldigungen, die seinen beginnenden Raubzug notdürftig rechtfertigten sollten.

Aus dem gleichen Grund, der Sanierung der Staatsfinanzen, ging Albrecht auch gegen die fränkischen Bistümer Bamberg und Würzburg, mit denen er schon seit längerem

---

<sup>38</sup> Kneitz: Albrecht, 80.

<sup>39</sup> Ebd., 82.

<sup>40</sup> Born: Moritz, 53.

<sup>41</sup> so stellt dies Kneitz dar. Kneitz: Albrecht, 83.



Streitigkeiten ausfocht, vor. Einerseits war er hier wieder durch den Bundesvertrag gedeckt, der ja eine Besetzung der nachbarlichen Gebiete vorsah. Andererseits wurde in den erpressten Verträgen recht deutlich, dass es Albrecht nicht um die Bundessache ging, sondern um rein territorialstaatliche Belange: Beide Bistümer mussten zusammen 300.000 Gulden an Moritz zahlen, Würzburg musste sich zudem aber noch verpflichten, 350.000 Gulden Schulden der Markgrafschaft zu übernehmen.<sup>42</sup> Es ging hier Albrecht also nicht darum, die Kriegskasse des Bundes aufzubessern, sondern die Finanzen seines Landes zu sanieren. Dies war der Grund für sein Vorgehen gegen die Bistümer, nicht, oder zumindest nicht vorrangig, der Wunsch, mögliche Anhänger des Kaisers auszuschalten.

Mit dem Abschluss der Verträge war Albrecht einem wichtigen Ziel seiner Politik sehr nahegekommen: Er war dabei, seine bisher immer äußerst prekäre Finanzsituation auf feste Beine zu stellen. Dazu musste er natürlich dafür sorgen, dass die Verträge auch erfüllt wurden, was dann im weiteren seine Politik weitgehend bestimmte. So kann eigentlich kaum mehr davon ausgegangen werden, dass seine Politik in irgendeiner Weise von religiösen Gesichtspunkten geleitet wurde. Seine späteren Kriegshandlungen erfolgten ausschließlich aus dem Bestreben heraus, seine Machtbasis zu erhalten und zu diesem Zweck die vertraglich zugesagten Geldmittel einzutreiben. Albrecht war somit zu einem Raubritter geworden, „der den Krieg zum Lebenselement erhob und den Unterhalt allein aus gewaltsamen Eroberungen bestritt“.<sup>43</sup>

Äußeres Zeichen für diese Entwicklung war Albrechts Weigerung, die Passauer Verträge, die zwischen Ferdinand und Moritz ausgehandelt worden waren, anzuerkennen. Er selbst führte später in einer Verteidigungsschrift offen seine Gründe hierzu an:

*„Dieweil wir für ain armen Fürsten, ain stattlich, ansehnlich kriegsvolck auff uns, in unserer Besoldung gehabt, und dieweil wir dann dieser Kriegsübung von den beeden Pfaffen und Nürnbergern vertragsweiß beschwerlich so viel bekommen, als wir unserm Kriegsvolk zuthun schuldig gewest [...] Dann one das hetten wir uns in solch unwiderbringlich, gedoppelt verderben eingesteckt, darauß wir kaines wegs zukommen gewißt.“<sup>44</sup>*

---

<sup>42</sup> Kneitz: Albrecht, 85.

<sup>43</sup> ebd., 89.

<sup>44</sup> Hagen´sche Bücher, Nr. 7, 525/29. Zitiert nach: Kneitz: Albrecht, 89.

Nocheinmal wird hier also ganz deutlich, dass Albrecht die Verträge nicht aus religiösen Gründen ablehnte, dass ihm diese vielmehr überhaupt nicht wichtig waren, sondern dass es ihm allein um seine politischen Ziele ging.

So ist Albrechts Loslösung von seinen ehemaligen Verbündeten des Fürstenbundes eine logische Folge seiner Politik. Der Markgraf wird nun sogar zu einem ersten Testfall für den vorläufigen, in Passau ausgehandelten Religionsfrieden, der in Augsburg 1555 zu einem festen Frieden und einem der „Grundgesetze“ des Reiches werden sollte. Nachdem auch das Bündnis mit Heinrich II. von Frankreich zerfallen war, bot Karl V. Albrecht an, ihn wegen des ungebrochen machtvollen Heeres gegen hohe Gewinnaussichten und erneute Bestätigung der Verträge mit den beiden fränkischen Bischöfen wieder in Dienst zu nehmen. Doch als der Markgraf wenig später auf die Erfüllung der Zusagen pochte, während der Kaiser eine sehr zwiespältige Haltung in diesem Konflikt einnahm, wurde er zu einer ernststen Gefahr des Friedens im Reich. Er zeigte sich zu keinerlei Kompromissen bereit, bestand trotz der offensichtlichen und großen Opposition in fast allen Ständen auf der Erfüllung aller Bedingungen und geriet zweifelsohne angesichts des Wortbruchs des Kaisers, der doch die Verträge bestätigt hatte und sich nun nicht willens zeigte, hierfür auch einzutreten, in Zorn. Dennoch kann dies keine Entschuldigung für sein weiteres Vorgehen sein, wie dies Kneitz darzustellen versucht: „War es unter solchen Umständen verwunderlich, wenn der von Natur aus leicht gekränkte und zu Mißtrauen neigende Fürst in eine Erbitterung verfiel, die ständig weitere Kreise zog?“<sup>45</sup> Die Reaktion Albrechts ist von seinem Charakter ausgehend nicht verwunderlich, es lässt sich daraus aber nicht ableiten, dass „dem Hohenzollern keine freie Wahl der Entschlüsse“ geblieben wäre,<sup>46</sup> da auch die Möglichkeit, das Heer mit den Subsidienzahlungen des Kaisers zu entlassen und auf friedlichem Weg auf eine Sanierung der Finanzen hinzuarbeiten, kaum weniger Chancen gehabt haben dürfte, als der Versuch, den eigenen Willen gegen die erklärte Gegnerschaft aller wichtigen Reichsstände auf kriegerischem Weg durchzusetzen. Dass Albrecht den friedlichen Weg nicht wählte, mag in seiner Persönlichkeit vorgeprägt gewesen sein, die Möglichkeit dazu hätte er aber gehabt.

So wurde Albrecht, der eigentlich aus rein weltlichen Gründen seinen Krieg gegen Nürnberg und die beiden fränkischen Bistümer führte, unversehens doch wieder zu einem religionspolitischen Streitfall, denn schließlich war er noch immer ein Fürst eines

---

<sup>45</sup> Kneitz: Albrecht, 101.

<sup>46</sup> so Kneitz: Albrecht, 103.

protestantischen Reichsstandes, der Krieg gegen katholische Bistümer und eine zwar protestantische, aber doch dem Kaiser unterstellte Reichsstadt führte. Und als Störer des in Passau vereinbarten vorläufigen Religionsfriedens wurde er zur Gefahr für das politische Werk Moritz', dem er in der Schlacht von Sievershausen als Feind gegenüberstand. Mit der Niederlage des markgräflichen Heeres war Albrecht seines wichtigsten, wenn nicht einzigen politischen Mittels enthoben, der militärischen Machtbasis. Er konnte zwar noch einmal ein Heer um sich sammeln, musste sich jetzt aber zunehmend auf die Verteidigung seines eigenen Territoriums beschränken, floh schließlich nach Frankreich und starb knapp ein Jahr nach seiner Rückkehr ins Reich, im Januar 1557, ohne von seinen Forderungen zurückgewichen zu sein. Seine Politik, die von religiösen Vorbehalten und Rücksichten völlig losgelöst war, sich ihrer höchstens als Ausrede bediente, war auf ganzer Linie gescheitert. Albrecht hatte die Bedeutung des Faktors Religion unterschätzt und sich so gegenüber jedem möglichen Bündnispartner diskreditiert.

## B. Moritz: Verräter oder Retter der protestantischen Sache?

Zu Ende des Schmalkaldischen Krieges musste es jedem Beobachter erscheinen, als sei Moritz fest mit der kaiserlichen Seite verbunden: Die Kurwürde und die neu erworbenen ehemals ernestinischen Gebiete verdankte er allein dem Kaiser. Mit dem Vorgehen gegen Johann Friedrich hatte er zugleich jedes Ansehen bei der antikaiserlichen Seite verspielt. Zudem hatte der Kaiser mit dem ehemaligen Kurfürsten ein Druckmittel in der Hand, da er diesen ja jederzeit wieder in seine alte Würde einsetzen konnte. Moritz war also, ganz ähnlich wie Albrecht Alkibiades, vom Kaiser abhängig, zugleich aber auch von ihm enttäuscht. Zum einen, weil seine territorialen Wünsche wie erwähnt nicht voll in Erfüllung gegangen waren, zum anderen, weil der Kaiser seinen Schwager, Philipp von Hessen, als einen der Anführer des Schmalkaldener Bundes in Haft genommen hatte. Vor allem letzteres erwies sich für die weitere Politik Moritz' als wichtiger Faktor.<sup>47</sup> Moritz hatte Philipp nach der Schlacht bei Mühlberg sein Wort gegeben, dass er, würde er sich dem Kaiser stellen, nicht in Haft käme. Es war ein Angriff auf das fürstliche Selbstverständnis und die Ehre Moritz', dass Karl V., der selber kein bindendes Versprechen abgegeben hatte, den Landgrafen über Jahre hinweg in Haft behielt. Sicher ging es Moritz bei seinem späteren politischen Vorgehen vorrangig um die Sicherung seiner Machtposition und um die Herstellung eines Religionsausgleichs, wichtig war ihm dabei aber auch immer, dass sein Verwandter aus der Haft entlassen wurde, zu dem

---

<sup>47</sup> vgl. Born: Moritz, 23.

er lange Zeit ein sehr gutes Verhältnis gehabt hat, wie seine häufigen Briefwechsel mit ihm beweisen, und dass zudem sein fürstliches Ehrenwort wieder eingelöst werden konnte.<sup>48</sup>

Ein erstes Zeichen, dass Moritz sich nicht bedingungslos der katholischen Seite verschrieben hatte, war seine Reaktion auf das Interim. Gerade erst mit dem Kurfürstentum belehnt, wagte er es als einziger Kurfürst, seine Zustimmung auf dem „geharnischten Reichstag“ zu verschieben und von der Zustimmung der Stände seines Landes abhängig zu machen. Im Gegensatz zu Albrecht, der dienstfertig versprach, das Interim in seinem Territorium durchzusetzen, schien Moritz seine Position fest genug zu sein, um in diesem wichtigen Punkt eine Entscheidung zunächst ins Ungewisse vertagen zu können. An diesem Punkt stellt sich die Frage, ob diese Verschiebung kluge, vorausschauende Politik eines Diplomaten war, der sein späteres Zusammengehen mit der protestantischen Seite schon voraussah und sich deshalb alle Möglichkeiten offenhalten wollte, oder ob sich hier Moritz' religiöse Überzeugung zeigte, die ihm einen solchen Rückschritt in Glaubensfragen untersagte. Träfe die erste Vermutung zu, so wäre sein weiteres Vorgehen in dieser Sache dilettantisch zu nennen: In Absprache mit Melanchton verkündete Moritz für Sachsen ein eigenes Interim für gültig, das sogenannte Leipziger Interim, das „den Vorstellungen des Kaisers formell entgegenkam, inhaltlich aber den evangelischen Bekenntnisstand und Gottesdienst nicht beeinträchtigte“<sup>49</sup>. So konnte er dem Wunsch des Kaisers entgegenkommen, ohne in Glaubenskonflikte zu geraten, zumal eine Autorität des Protestantismus, wie Melanchton sie darstellte, hinter ihm stand. Dennoch rief das Leipziger Interim im protestantischen Lager Protest hervor, vor allem aus Magdeburg durch Matthias Flacius, einen Schüler Luthers, der Melanchton Feigheit vorwarf.<sup>50</sup> Moritz' Ansehen bei den Protestanten wurde so also nicht verbessert, der Vorgang war eher dazu geeignet, beim Kaiser Misstrauen hervorzurufen. Da sein Vorgehen in der Frage des Interims ihm politisch eher schadete, ist wohl davon auszugehen, dass Moritz hier tatsächlich aus religiösen Gründen das Augsburger Interim ablehnte und versuchte, mit einer abgemilderten Form, die auch für seine Theologen akzeptabel war, den politischen Schaden gering zu halten. Freilich wäre es ihm, ebenso wie Albrecht in Brandenburg-Kulmbach, schwergefallen, das Augsburger Interim bei seinen

---

<sup>48</sup> Born: Moritz, 25.

<sup>49</sup> Blaschke: Moritz, 69.

<sup>50</sup> Erwin Iserloh, Glazik Josef, Hubert Jedin (Hgg.): Reformation, Katholische Reform und Gegenreformation, Freiburg / Basel / Wien 1967, 306.

Untertanen und den Theologen durchzusetzen, was seine Entscheidung nicht völlig eines politischen Hintergrundes enthebt. Dass ihm zu dieser Zeit die protestantische Sache aber doch eher am Herzen lag als etwa Albrecht Alkibiades, zeigt sich auch an der Tatsache, dass Gesandte Kursachsens auf dem Trienter Konzil im Herbst 1551 erschienen und die protestantischen Forderungen nachdrücklich und ohne Abstriche vortrugen.<sup>51</sup>

In der Folge wurde die Politik Moritz' aber weitgehend von den beiden Faktoren Sicherung des erreichten Status und Befreiung Philipps bestimmt. Eine Gefahr in Bezug auf den ersten Punkt stellte das Königsberger Bündnis der drei ostdeutschen protestantischen Fürsten, Markgraf Hans von Küstrin, Herzog Albrecht von Preußen und Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg, vom Februar 1550 dar. Moritz vermutete zusammen mit Albrecht Alkibiades, dass diese drei Fürsten ein Bündnis mit dem König von Frankreich gegen den Kaiser anstrebten.<sup>52</sup> Ihm als Bündnispartner des Kaisers und Gegner seines Veters Johann Friedrich drohte somit besonders Gefahr, da er bei einem Sieg dieser möglichen Koalition die Wiedereinsetzung des alten Kurfürsten in sein Amt fürchtete. Da sich zur gleichen Zeit auch in der kaiserlichen Politik mit der umstrittenen Nachfolgeregelung, die König Ferdinand und seinen Sohn Maximilian benachteiligte, eine Schwäche zeigte, die sich darin ausdrückte, dass Ferdinand jetzt zunehmend eine eigene, auf seine dynastischen Interessen ausgerichtete Reichspolitik betrieb und in Distanz zu Karl ging, ohne freilich seine Loyalität zu ihm zu brechen,<sup>53</sup> bestand für Moritz die Möglichkeit, die Fronten zu wechseln und sich der nun als stärker eingeschätzten antikaiserlichen Seite anzuschließen.

Aus diesem Grund suchte Moritz nun seinerseits die Zusammenarbeit mit Frankreich, wobei es für ihn ein gewisses begründetes Misstrauen Seitens Heinrich II. zu überwinden galt, war Moritz doch 1545 im Krieg zwischen Karl V. und Frankreich als kaiserlicher Reiterführer besonders hervorgetreten und dem französischen König in Erinnerung. Außerdem gab es für Heinrich noch wenig Anreiz, mit dem scheinbar auf kaiserlicher Seite stehenden deutschen Fürsten zusammenzuarbeiten, konnte dieser ihm doch weder ein großes Heer noch weitere Bundesgenossen anbieten.

In eine bessere Position für Bündnisgespräche mit Frankreich und die Übernahme der Führung des antikaiserlichen Lagers gelangte Moritz eher per Zufall. Ab wann sein Handeln während des Magdeburger Konfliktes tatsächlich unter dieser Prämisse stand

---

<sup>51</sup> Horst Rabe: Reich und Glaubenspaltung, Deutschland 1500-1600, München 1989, 283f.

<sup>52</sup> vgl. Born: Moritz, 27.

<sup>53</sup> Rabe: Glaubenspaltung, 282f.

und nicht vorrangig der Wahrung seiner territorialstaatlichen Rechte an Magdeburg galt, ist wohl nur schwer auszumachen. Dass er von Anfang an auf das eine Ziel hingearbeitet haben soll ist aber wohl eher unwahrscheinlich, da dies doch einen extremen politischen Weitblick erfordert hätte.

Zunächst wirkte sich Moritz' Eingreifen in Magdeburg eher negativ auf seine politischen Fernziele aus: Magdeburg galt den Protestanten wegen seines Widerstandes gegen das Interim als „unsers Herrgotts Kanzlei“,<sup>54</sup> und als Moritz sich im Oktober 1550 die Vollstreckung der Reichsacht gegen Magdeburg vom Kaiser übertragen ließ, wurde er in den Augen der Protestanten endgültig zum Verräter und schied für Heinrich als möglicher Bündnispartner aus, worauf die Räte Schachten und Bing den Kurfürsten hinweisen:

*„Wan . . nun aber e. chf. g. hierbei wissen, in was handlungen mansonet mit Hildebranten [= König Heinrich II.] stehet, so haben e. chf. g. zu erachten, do diese ding an inen und die seinen gelangen, wofur sie es achten [...]“*<sup>55</sup>

Dabei wollte Moritz lediglich die ihm 1546 verliehene Schutzherrschaft über Magdeburg wahrnehmen, die er durch das Vorgehen Georgs von Mecklenburg gegen die Stadt gefährdet sah.<sup>56</sup> Moritz befürchtet zugleich, das Vertrauen des Kaisers zu verlieren, würde er nicht gegen Magdeburg vorgehen und schließlich ohne jeden Bündnispartner dazustehen, wie das zu dieser Zeit ja bei Albrecht der Fall war. So schrieb er im November 1550 an seine Räte Schachten und Bing über die Mission v. Gleissendahls bei Heinrich II.:

*„Die weil ich nuhe nit gewust, wie die sach mit dem man gestanden, bei dem Gleis [=Gleissendahl] gewesen, so kan ich mich argwan halber noch zur tzeit nit anders halten, sonder ich mus sehen, das ich nit tzussen tzueien stulen nidersitz.“*<sup>57</sup>

Bald zeigte sich für Moritz jedoch, dass das Magdeburger Unternehmen nicht nur Nachteile für ihn parat hatte. Zum einen ging er bei der Belagerung der Stadt sehr locker zu Werke, und als er sie schließlich einnahm, geschah dies in Absprache mit dem Stadt-

---

<sup>54</sup> Rabe: Glaubenspaltung, 279.

<sup>55</sup> Wilhelm von Schachten und Simon Bing an Moritz vom 3. 11. 1550; abgedruckt bei: Cornelius: Moritz, 672.

<sup>56</sup> vgl. Born: Moritz, 33f.

<sup>57</sup> Schreiben Moritz' an Wilhelm von Schachten und Simon Bing vom 12.11.1550; abgedruckt bei: Cornelius: Moritz, 674.

rat ohne Gewaltanwendung und ohne Folgen für die Religionsausübung ihrer Bürger. Der Vorteil, den Moritz ziehen konnte, war das große Belagerungsheer, das auch noch vom Reich besoldet wurde. Durch geschicktes Taktieren gelang es Moritz, Vertretern des Königsberger Bundes, die bei Verden eine Entsatzheer für Magdeburg anwerben wollten, die neu angeworbenen Söldner abzunehmen und in sein Heer zu übernehmen, wofür er den Beifall des Kaisers erhielt. Zugleich hatte er so ernstere militärische Auseinandersetzungen mit dem Königsberger Bund verhindert, dessen Mitglieder zwar verärgert aber nicht geschädigt worden waren. Deshalb wagte es Moritz, Johann Albrecht seine Bereitschaft zu einem Bündnis mit den ostdeutschen Fürsten verstehen zu geben:

*“Meine gesellen und ich müssen einen herren haben, der uns den rucken helt, und auf welche seit wir geraten, so wollen wir unserm gegenteil auf wenigst das spil vortreiben, wo nit die karet gar zureissen.”*<sup>58</sup>

Moritz deutet hier an, dass ein Wechsel möglich sei, sofern er davon profitiere. Der Profit, den er fordert, ist die Zusicherung des Status quo von protestantischer Seite, d.h. er will die Kurfürstenwürde und die ehemals ernestinischen Besitzungen für sich gesichert wissen.<sup>59</sup>

Moritz befand sich nun in einer recht komfortablen Lage: Er hatte unter sich die größte Truppenmacht im Reich neben den Habsburgern, militärisch konnte ihm zunächst niemand gefährlich werden. Zugleich war er damit ein attraktiver Bündnispartner für Heinrich II., dem, wenn man in ihm vielleicht auch keinen wirklich zuverlässigen Partner gesehen haben mag, doch daran gelegen sein wird, ihn von der Seite des Kaisers abzuziehen und diesen somit zu schwächen. Zugleich musste auch den Protestanten klar sein, dass sie ohne den sächsischen Kurfürsten zu einem Religionsvergleich nicht kommen würden. Und der Kaiser war trotz aller Warnungen von der Treue Moritz‘ überzeugt. Moritz konnte also abwarten, welche Möglichkeiten sich für ihn auftun würden.<sup>60</sup>

Als Karl V. im März 1551 mit der Freilassung und Wiedereinsetzung Johann Friedrichs drohte, um Moritz‘ Zustimmung zum Sukzessionsplan zu erhalten, zeigte sich für den Kurfürsten, wohin seine Wege führen mussten. Zunächst musste er das Misstrauen der protestantischen Seite beschwichtigen, indem er nochmals betonte, er habe sich

---

<sup>58</sup> Schreiben Moritz‘ an Wilhelm von Schachten und Simon Bing vom 17.12.1550; abgedruckt bei: Cornelius: Moritz, 681.

<sup>59</sup> Born: Moritz, 40f.

<sup>60</sup> Ebd., 42f.

nichts Unredliches zu Schulden kommen lassen und strebe die Freilassung seines Schwagers an:

*„Da wir befunden uf jener seiten, das man h. M. nit traute, wilchs mistrauen er aber zum hochsten entschuldigt; vermeinet, man habs kein ursach, er hab je niemants uber zugesagten glauben untreue bewiesen. Hab aber er wider seinen vettern gethan, des hab man im ursach gegeben, wi er deren vil weiss items weise zu erzelen. / Seins schwehers halben, sagt er, sei er böslich betragen, gedecht auch ein solch unpillichs zu rechnen, do Got weg dazu gebe.“<sup>61</sup>*

Am 22.5.1551 schloss er mit Hans von Küstrin, Wilhelm von Hessen und Johann Albrecht von Mecklenburg den Torgauer Vertrag ab, mit dem er sich an die Spitze dieses Fürstenbundes stellte. Dieser war zunächst noch nicht als Angriffsbündnis gegen der Kaiser ausgelegt, sondern diente eher der Beseitigung des gegenseitigen Misstrauens. Die Ziele, die im Vertrag festgelegt wurden, entsprachen der bisherigen Politik Moritz': Es wurde festgelegt, dass die Vertragspartner an der Augsburgischen Konfession festhalten und zu dessen Verteidigung beitragen würden. Außerdem sollte auf die Befreiung Philipps von Hessen hingearbeitet werden. Beide Punkte stellten für Moritz kein Problem dar, da er selbst an der Befreiung seines Schwiegervaters interessiert war und es keine Anzeichen dafür gibt, dass er jemals die Konfession seine Landes ändern wollte.<sup>62</sup>

Hingegen erreichte Moritz in diesem Vertrag die endgültige Anerkennung seines derzeitigen Besitzstandes von protestantischer Seite, während den Ernestinern mit Krieg gedroht wurde, falls sie dies nicht anerkennen würden. Ein weiterer, für Moritz' Politik wichtiger Punkt im Vertrag war die Klausel, dass die Bündnispartner sich gegenüber König Ferdinand defensiv verhalten sollten.<sup>63</sup> Moritz wollte die Verstimmung im Haus Habsburg für seine Zwecke nutzen, es war ihm klar, dass mit Ferdinand eher ein Ausgleich in der Religionsfrage zu bewerkstelligen sein würde, als mit dem Kaiser, der sich in dieser Frage schon oft sehr unnachgiebig gezeigt hatte. Ferdinand war auf Ruhe im

---

<sup>61</sup> Instruktion für Heinrich von Schachten an Heideck, ausgestellt von Wilhelm von Schachten und Simon Bing vom 23. 12. 1550; abgedruckt bei: Cornelius: Moritz, 685ff.

<sup>62</sup> Born: Moritz, 44.

<sup>63</sup> Diese Klausel war im Vertrag selbst nicht enthalten, ebenso wenig wie die Forderung nach Befreiung des hessischen Landgrafen, sondern nur in einem abgelehnten Vertragsentwurf, der schon eher Anklang an ein Kriegsbündnis denn an ein Defensivbündnis hatte. Beide Klauseln dürften aber doch insgeheim Zustimmung bei den Bündnispartnern gefunden haben. Der Vertrag wie auch der abgelehnte Entwurf sind abgedruckt bei: Cornelius: Moritz, 694ff.



Reich angewiesen, da ihn die Türken in Ungarn stark bedrängten und seine österreichischen Erbländer bedrohten.<sup>64</sup>

Mit diesem Vertrag wurden die Bündnispartner jetzt endlich auch für den König von Frankreich attraktiv genug, um in Verhandlungen über ein Angriffsbündnis gegen den Kaiser zu treten. Beide Seiten versprachen sich von diesem Bündnis einen Vorteil, und auch wenn Moritz schon bald diesen Vertrag aufkündigte und wieder seine eigenen Wege ging, war er doch nicht ohne Nutzen: König Heinrich II. ging es in erster Linie um eine Schwächung des Hauses Habsburg und die Durchbrechung des Habsburger Länderrings um Frankreich. War der Kaiser innenpolitisch beschäftigt, so bot sich zugleich dem König die Möglichkeit, in Italien Erfolge zu erringen. Die protestantischen Fürsten hingegen konnten ebenfalls freier agieren, waren die Habsburger Truppen in Italien gefesselt und der Nachschub aus den Niederlanden am Durchmarsch nach Süddeutschland aufgrund des Einmarsches Heinrichs in die lothringischen Städte Toul, Metz und Verdun sowie Cambrai gehindert.<sup>65</sup> Die Frage der Religion wurde in diesem Vertrag wiederum ausgeblendet, wie dies ja auch Karl V. beim Schmalkaldischen Krieg getan hatte, auch wenn sie in Wirklichkeit das Hauptmotiv des Fürstenbundes auf deutscher Seite darstellte. Aber für den König von Frankreich, ein dezidiert katholischer Souverän, kam es natürlich, zumindest offiziell, nicht in Frage, den Protestantismus zu unterstützen. So kommt es zur etwas umständlichen Konstruktion, dass es den Bündnispartnern um die Befreiung von „*einem solchen viehischen, untreglichen und ewigen servitut, wie in Hispania*“ ginge, wobei den deutschen Fürsten der König von Frankreich, „*des voreltern je und alwege viel guts bei der Teutschen nation gethan*“, lediglich mit Hilfe beistünde. Die Frage ihrer Konfession, die der Kaiser versuche auszulöschen, sei eine Sache Gottes, die auch allein dieser regeln würde, sodass man hier nicht eingreifen müsse:

*“wiewol wir fur augen sehen die list, [...] dadurch unser widdersacher vermeinen, je lenger je mehr, unsere religion, die wir vor recht, wahr und christlich ungezweivelt halten, inzuzeunen und zuletzt gar auszutilgen [...] dieweil dieselbe sach vornehmlich Gottes eher belangte, so werde er die auch ferner, nach seinem gottlichen gefallen, wie bisher, selbst zu richten*

---

<sup>64</sup> Born: Moritz, 45.

<sup>65</sup> Ebd., 51f.

*und zu führen wissen, darumb wirs also dem gottlichen willen  
und gedeien underwerfen;”<sup>66</sup>*

Die deutschen Mitglieder des Fürstenbundes gestehen also ein, dass ihnen die Verteidigung der Augsburger Konfession am Herzen liegt, behaupten jedoch, dieser Aspekt spiele bei den bevorstehenden Auseinandersetzungen keine Rolle. Dass Heinrich auf dieses Doppelspiel wirklich hereinfiel und nicht etwa in diesem Fall die Religionsfrage hinter die Machtfrage zurücktreten ließ, darf bezweifelt werden. Die deutschen Fürsten um Moritz jedenfalls hatten ihre Stellung im Religionsstreit auch in diesem Vertrag gewahrt und hatten klargestellt, dass ihr Vorgehen sich gegen die politischen Maßnahmen des Kaisers richtete und nicht etwa der Konfession wegen stattfände. Der einzige Verlust, den sie dafür hinnehmen mussten, und der vielleicht weniger ihnen als vielmehr der späteren Geschichtsschreibung Probleme bereitete, war die Übertragung der erwähnten lothringischen Städte an Heinrich, der dort als „*vicarius des heiligen reichs*“ herrschen sollte, sowie die Zusage ihrer Unterstützung für einen französischen Kandidaten bei der bevorstehenden nächsten Kaiserwahl.

Das Ergebnis aus den Verhandlungen war also für die Protestanten äußerst günstig: der Kaiser würde an vielen Fronten zugleich beschäftigt sein, wenn das Heer des Bundes gegen ihn vorrückte und Albrecht Alkibiades hatte in Chambord noch umfangreiche Kriegskontributionen Frankreichs ausgehandelt. Moritz konnte sich jetzt sicher sein, dass die protestantische Seite sich gegen den Kaiser durchsetzen würde. Durch die feste Zusage, dass seine Besitzungen bei ihm blieben, war die protestantische Seite für ihn deutlich attraktiver als die des Kaisers, der ihm immer noch mit der Freilassung Johann Friedrichs drohte und die Herausgabe Philipps von Hessen verweigerte und somit seine Reputation als Fürst schmälerte. Jetzt erst war Moritz zum offenen Bruch mit dem Kaiser bereit.

Im November 1551 hob Moritz die Belagerung Magdeburgs öffentlich auf, hielt das Heer aber weiterhin unter Waffen. Karl erkannte die Lage erst, als es zu umfangreicheren Rüstungen in Süddeutschland bereits zu spät war, und so konnten die Truppen des Fürstenbundes ungestört bis weit nach Süddeutschland hinein vorstoßen. Die Forderung, die Moritz an den Kaiser hatte, legte er zu Beginn des Krieges König Ferdinand dar:

---

<sup>66</sup> Vertrag von Chambord vom 15.1.1552; abgedruckt bei: Dickmann: Glaubenskämpfe, 197ff.

*„Es konnte auch dieser sache geholffen werden mit erledigung  
meines schwehers des Landgrafen und das man eynen gemeinen  
friede allenthalben machte [...] davon zue underreden, welcher  
gestalt durch E. kö. Mat. auch etlicher Chur und Fürsten  
beforderunge amn zue eyner underrede eyns gemeynen frids  
halben Im heil. Reiche und mit der kai. Mat. widerwertigen  
kommen [...] Das sollte meins erachtens der sach zue  
abwendunge vorstehender gefahr dienlich sein und ob got will  
dahin geraichen, das die macht des kriegsvolcks wieder den  
Türcken noch in diesen Sommer gewendet“<sup>67</sup>*

In diesen Worten liegt die ganze umsichtige Diplomatie Moritz'. Er stellt seine scheinbar vordringlichste Forderung, die Freilassung Philipps, schlägt einen Landfrieden vor, der zugleich auch seinen Besitzstand endgültig reichsrechtlich absichern würde, und treibt mit der, für Ferdinand verlockenden Aussicht auf ein großes Heer zur Abwehr der Türken, einen Keil zwischen den König und seinen Bruder Karl. Moritz hält also auch jetzt noch seine bisherige Politik weitgehend durch, die mit allen Seiten Bündnisse zum eigenen Besten eingeht, dabei aber in Religionsfragen keinen Schritt zurückweicht.

Schon kurz nach Beginn des Feldzuges gegen den Kaiser Mitte März 1552 trat Moritz in erste Verhandlungen mit Ferdinand am 18.4. in Linz ein. Das Bündnis mit Frankreich hatte für Moritz nun ausgedient, er kündigte es bereits Anfang Mai auf. Bei den erneuten Verhandlungen zwischen Moritz und Ferdinand in Passau waren neben Abgesandten aller Kurfürsten auch die vieler Herzöge und Bischöfe sowie Frankreichs zugegen,<sup>68</sup> was die Bedeutung, die diesen Verhandlungen beigemessen wurden, unterstreicht und wichtig für die allgemeine Akzeptanz der Beschlüsse im Reich war. Der Kaiser war zwar durch das schnelle Vorstoßen der protestantischen Fürsten für den Augenblick militärisch entscheidend geschwächt, sträubte sich bei den Verhandlungen, an denen er nicht persönlich teilnahm, dennoch energisch gegen einen dauernden Religionsfrieden. Es gelang Karl, neue Kredite für ein Heer einzuholen, so dass sich seine Position zu bessern schien. Überraschenderweise fielen ihm jetzt aber die katholischen Stände, die in Passau zu gegen waren, in den Rücken, da sie sich vom Kaiser verlassen fühlten. „So war ihnen der Religionsfriede als Mittel zur Sicherung der eigenen Existenz für den Augenblick wie für die Zukunft dringend erwünscht – selbst wenn er zugleich den Verzicht auf eine weitergehende Restitution der katholischen Kirche in Deutschland bedeutete.“<sup>69</sup> Die Stände im Reich hatten genug vom Krieg und der Unruhe im Reich, sie

---

<sup>67</sup> Moritz an den römischen König vom 14.3.1552; abgedruckt bei: Langenn: Moritz, 336ff.

<sup>68</sup> Blaschke: Moritz, 79.

<sup>69</sup> Rabe: Glaubensspaltung, 287.

wollten die rechtliche Sicherheit wiederherstellen und waren bereit, dafür in religiöser Hinsicht nachzugeben. Es handelte sich hier also weniger um einen Erfolg der Überzeugungskraft religiöser Argumente, sondern um Kriegsmüdigkeit und Furcht vor Verlust der eigenen Machtstellung bei allen Reichsständen. So wurde man sich in Passau recht schnell über einen Vertragsentwurf einig, der dann am 23.6.1552 verabschiedet wurde und nur noch der Zustimmung des Kaisers bedurfte. Dieser akzeptierte, dass die Reichsstände ihre jeweiligen Besitzstände anerkannten und darauf verzichten wollten, wegen der Religion in den Krieg zu treten. Der nächste Reichstag sollte erneut einen Anlauf zur Religionsvergleichung unternehmen, dass der Friede jedoch auch bei einem Scheitern der dortigen Verhandlungen weitergelten sollte, akzeptierte Karl noch nicht.

Mit Karls Unterschrift unter dem abgeänderten Vertrag von Passau hatte Moritz endlich erreicht, was er seit Ende des Schmalkaldischen Kriegs angestrebt hatte: Von allen Seiten war nun anerkannt worden, dass die sächsische Kurwürde durch die albertinische Linie getragen wurde. Die Vergrößerung seines Territoriums durch ernestinische und geistliche Besitzungen wurde reichsrechtlich festgeschrieben. Landgraf Philipp von Hessen war freigelassen worden und der ebenfalls befreite Johann Friedrich konnte Moritz kaum mehr gefährlich werden. Und all dies war Moritz gelungen, ohne von seiner eigenen religiösen Überzeugung abweichen zu müssen. Jetzt kam es zwar noch darauf an, diesen Landfrieden im Reich auch zu wahren und durchzusetzen, an der Seite Ferdinands und als Führer der Protestanten konnte sich Moritz dessen aber sicher sein, da es im Reich, bis auf den Kaiser, der sich aber aus der Reichspolitik zunehmend zurückzog und diese Ferdinand überließ, keinen ernst zu nehmenden Gegner gab.

Einzigste Ausnahme stellte Albrecht Alkibiades dar. Der mit seinem immer noch großen und schlagkräftigen Heer durchs Reich ziehende und plündernde Markgraf, der katholische Stände bedrängte, stellte eine ernst zu nehmende Gefahr für den Frieden dar. Ließ man ihn agieren, so war der Vertrag von Passau Makulatur. So stellten sich dann auch die beiden Fürsten, die den Frieden zustandegebracht hatten, Moritz und Ferdinand, gemeinsam gegen Albrecht und konnten in der Schlacht bei Sievershausen mit dem Sieg auch zugleich die Tragfähigkeit des neuen Friedens beweisen. Dass Moritz sozusagen bei dieser Vollendung seines politischen Werks tödlich verwundet wurde, ist Ironie des Schicksals.

#### **IV. Albrecht und Moritz: Verlierer und Gewinner des Krieges.**

Albrechts Lebenswerk war ein Trümmerhaufen. Mitten im konfessionellen Zeitalter hatte er versucht, eine Politik zu betreiben, die von religiösen Bedenken und Rücksichten weitgehend frei war. Religion diente Albrecht als Ausrede und vordergründige Ursache seiner Unternehmungen, scheint ihn niemals wirklich von innen heraus getrieben zu haben. Albrechts Kriege konnten so auch keine Religionskriege sein, sie wurden aus rein weltlichen Motiven heraus geführt, aus Machtstreben und Genußsucht. Albrecht musste scheitern, weil seine Zeit von ihm eine eindeutige Stellungnahme zu einer Konfession und das Einfügen in das jeweilige System erwartete. Eine völlig beliebig zwischen den Fronten wechselnde Politik konnte es zu dieser Zeit nicht geben.

Moritz von Sachsens Leben gestaltete sich ganz gegensätzlich. Zwar hat sich im Verlauf dieser Arbeit gezeigt, dass auch er eine Politik betrieb, die weitgehend von konfessionellen Verpflichtungen losgelöst war, jedoch galt dies lediglich für seine „Außenpolitik“, also seine Bündnisse, nicht jedoch für seine persönliche religiöse Überzeugung und auch nicht für die seiner Untertanen. Hinzu kam, dass Moritz innenpolitisch den Rücken weitgehend frei hatte, nicht in solchen Geldsorgen war, wie der Markgraf von Brandenburg-Kulmbach und sich so ganz auf seine „außenpolitischen“ Prämissen konzentrieren konnte. Und hier zeigte sich seine Diplomatie der von Albrecht deutlich überlegen. Es gelang ihm weitgehend, sich auch dann, wenn er eng mit der Seite des Kaisers liiert war, die Entscheidungsfreiheit vorzubehalten und so zu agieren, dass ihm auch die Gegenseite nicht begründet vorwerfen konnte, seine Konfession zu verraten. Moritz handelte also nicht völlig konfessionsneutral, sein Vorgehen war zwar von weltlichen Bedingungen bestimmt, es gelang ihm aber, diese Bedingungen mit den Anforderungen seiner Zeit zu verknüpfen und so den Konfessionsfrieden zu begründen.

Moritz und Albrecht zeigen einen ähnlichen Ansatz in ihrer Politik, beide geben sich nicht mit ihrem Erbe zufrieden, sondern wollen ihre Machtstellung erweitern und

ausbauen, beide trennen hierzu die Frage der Konfession von der Politik ab, beide wechseln die Fronten, erscheint ihnen dies in der aktuellen Situation als das Günstigste. Unterschiede ergeben sich in dem unterschiedlichen diplomatischen Geschick und der persönlichen religiösen Überzeugung der beiden Fürsten. Albrecht erscheint hier tatsächlich beliebig und ziellos, Moritz ist hingegen trotz seines spektakulären Seitenwechsels nach der Belagerung von Magdeburg in seiner Politik ausgesprochen zielstrebig und bezüglich der Konfession in Kursachsen ein eindeutig protestantischer Fürst. Während Albrecht so aus historischer Perspektive in der Bedeutungslosigkeit versinkt, stellt sich Moritz als Mitbegründer des Augsburger Religionsfriedens und somit als ein wichtiger Teil in der Geschichte der Reformation und des Heiligen Römischen Reiches dar.

## Literaturverzeichnis

### Quellen:

*Correspondenz des Kaisers Karl V. Aus dem königlichen Archiv und der Bibliothek der Bourgogne zu Brüssel.* Lanz, Karl (Hg.) Bd. 2. Leipzig 1845 (ND Frankfurt/Main 1966).

*Politische Korrespondenz des Herzogs und Kurfürsten Moritz von Sachsen.* Bd. 1 u. 2: Brandenburg, Erich (Hg.). Leipzig 1900-1904. Bd. 3 u. 4: Herrmann, Johannes und Wartenberg, Günther (Hgg.). Berlin 1978-1992.

*Quellen zur Geschichte Karls V.* Kohler, Alfred (Hg.). Darmstadt 1990.

### Sekundärliteratur:

Blaschke, Karlheinz: *Moritz von Sachsen. Ein Reformationsfürst der zweiten Generation.* Göttingen / Zürich 1984.

Born, Karl Erich: Moritz von Sachsen und die Fürstenverschwörung gegen Karl V. In: *Historische Zeitschrift* 191 (1960). 18-66.

Cornelius, C. A.: Churfürst Moritz gegenüber der Fürstenverschwörung in den Jahren 1550-51. In: *Abhandlungen der Historischen Classe der königlich bayrischen Akademie der Wissenschaften* 10 (1865). 635-697.

*Renaissance, Glaubenskämpfe, Absolutismus.* Dickmann, Fritz (Hg.). München 1966.

Iserloh, Erwin; Josef, Glazik; Jedin, Hubert (Hgg.): *Reformation, Katholische Reform und Gegenreformation.* Freiburg / Basel / Wien 1967.

Kneitz, Otto: *Albrecht Alcibiades Markgraf von Kulmbach 1522-1557.* Kulmbach 1951.

Rabe, Horst: *Reich und Glaubensspaltung. Deutschland 1500-1600.* München 1989.

Sicken, Bernhard: Albrecht Alcibiades von Brandenburg-Kulmbach. In: *Fränkische Lebensbilder*. Bd. 6. Würzburg 1975. 130-160.

v. Langenn, Friedrich Albert: *Moritz, Herzog und Churfürst zu Sachsen. Eine Darstellung aus dem Zeitalter der Reformation*. 2 Bd. Leipzig 1841.

Wartenberg, Günther: Moritz von Sachsen als Wegbereiter des Augsburger Religionsfriedens. In: Rhein, Stefan (Hg.): *Staat und Kirche. Beiträge zur zweiten Melanchtonpreisverleihung 1991*. Sigmaringen 1992. 25-34.